

Abschlussrede der zukünftigen Präsidentin der Gewerkschaftlichen Plattform der Großregion, Bettina Altesleben (DGB Saar), am 26. März 2009 (Kulturzentrum Luxemburg-Strassen, Gewerkschaftsgipfel der Großregion).

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste:

Es macht mich stolz, für die kommenden 18 Monate die Präsidentschaft der Gewerkschaftlichen Plattform zu übernehmen. Ich danke Euch und Ihnen vorab für das damit verbundene Vertrauen.

(Dank auf Französisch)

Dazu muss ich feststellen: Die nun auslaufende luxemburgische Präsidentschaft mit Nico Clement an der Spitze macht es mir leicht, mein Amt anzutreten. Und wegen der guten Zusammenarbeit mit Nico Clement und Christophe Knebler könnte es durchaus passieren, dass niemandem auffällt, wann und wie die Präsidentschaft wechselt. Und das ist gut so...

So soll es sein. Denn seit den Anfängen der interregionalen Gewerkschaftszusammenarbeit Anfang der 70er Jahre stand Kontinuität und nicht Blendwerk im Mittelpunkt unserer Kooperation. Die Plattform hat sich in den letzten 18 Monaten wieder ein Stück weiter entwickelt, sie hat ihr politisches Profil geschärft. Bezeichnend für die Bedeutung der Plattform war sicherlich auch das Treffen in Straßburg, an dem 15 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und 17 Abgeordnete des Europa-Parlaments teilgenommen haben. (Das Personal am Eingang war sichtlich verblüfft.) Auch die regelmäßigen Gespräche mit den Regierungen der Teilregionen belegen ganz deutlich: Nicht nur wir nehmen die Arbeit der Gewerkschaftlichen Plattform der Großregion ernst, die Politik schätzt unseren Sachverstand, unsere Mitarbeit, unsere konstruktive Kritik. Gerade in den jetzigen Tagen und Wochen, da die Überschrift lauten könnte: „Großregion in Kurzarbeit“.

Die Gewerkschaftliche Plattform bündelt die Ideen, Positionen und Kräfte der Gewerkschaftsbewegung in unserer gesamten Großregion. Wir verstehen unsere Zusammenarbeit, unsere Vorschläge für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Großregion als komplementär zu anderen Institutionen, allen voran dem WSA, dem Gipfel der Regierungschefs und dem Interregionalen Parlamentarierrat. Mit der von uns angeregten und heute vorbildlich arbeitenden Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle, den gewerkschaftlichen EURES-Beratern sowie den Arbeitsgruppen im WSA haben wir eine ausgeprägte Arbeitsebene geschaffen. Die IBA als Analyse-Netzwerk ist unersetzlich, da sie mit dem tatsächlich relevanten Datenmaterial arbeitet und die unterschiedlichen Statistiken der unterschiedlichen Länder sinnvoll abgleicht für einen erfolgreichen Praxis-Einsatz.

Ich möchte Ihnen gern ein paar Zahlen nennen, die unsere Großregion wie ich finde eindrucksvoll beschreiben.

Was ist die Großregion?

Auf 65.000 Quadratkilometern – der Größe von Litauen – leben rund 11,3 Millionen Menschen. Nimmt man diese Einwohnerzahl, wird die Großregion ihrem Namen mehr als gerecht. Sie ist nämlich so groß wie Griechenland, aber sogar einwohnerstärker als Portugal oder auch Schweden, als die Tschechische Republik, als Belgien, hat mehr Einwohner als Dänemark und Finnland zusammen.

Ein Viertel der europäischen grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität findet bei uns statt: An die 200.000 Arbeitnehmer pendeln jeden Tag von ihrem Wohn- zum Arbeitsort und zurück. Allein 150.000 nach Luxemburg. Im Jahr 2006 betrug das Bruttoinlandsprodukt der Großregion 290 Milliarden Euro.

Es gibt rund 4,7 Millionen Erwerbstätige in der Großregion – und da kommen wir, die Gewerkschaften, ins Spiel: Wir repräsentieren rund eine halbe Million Mitglieder, sicherlich die stärkste Bewegung in unserer Euregion.

(zählt auf): 2 Interregionale Gewerkschaftsräte, ein WSA mit 5 Arbeitsgruppen, eine gewerkschaftliche Plattform, bestehend aus 10 Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftsbünden aus 5 Teilregionen und 4 Ländern, zwei EURES-T-Netzwerke, dazu elf gewerkschaftliche Grenzgänger-Berater.

Fehlt noch was? Die „Task Force“? Einige hier im Raum werden sich erinnern... Die Task Force für Grenzgänger soll aus einem Expertenteam bestehen, das erkannte Mobilitätshemmnisse fachlich und juristisch analysiert, Verbesserungsvorschläge erarbeitet und diese den zuständigen Entscheidungsträgern unterbreitet.

Die Task Force für Grenzgänger als dritte Säule muss in ein kooperierendes Netzwerk mit der IBA und den Beratungseinrichtungen von EURES-T eingebunden werden und ihre Aktivitäten müssen eng mit der Tätigkeit und den Erkenntnissen der beiden anderen Säulen verknüpft werden. Nur so kann das übergreifende Ziel auch wirklich erreicht werden: Die nachhaltige Verbesserung der grenzüberschreitenden Arbeitskräftemobilität.“

Momentan läuft die wirtschaftliche Mobilität anders als wir es uns wünschen. Doch gerade in der Krise gilt es die Großregion zu leben, um Lösungen zu finden. Die aktuellen Zahlen sind nämlich überaus alarmierend: In Luxemburg haben dieses Jahr bereits 100 Unternehmen Kurzarbeit angemeldet, im Saarland rund 350, in Lothringen seit Herbst letzten Jahres über 400 Unternehmen. Die Betriebsräte haben alle Hände voll zu tun. Hans Peter Kurtz – er wird im Juni Vorsitzender des WSAGR (WSA=Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion) – hat vor kurzem gesagt, dass gewerkschaftlicher Sachverstand jetzt, in Krisenzeiten, besonders dort gefragt ist, wo man die IG Metall früher am liebsten nicht mal auf das Betriebsgelände gelassen hätte. So können sich die Zeiten ändern.

Und warum haben sich die Zeiten geändert? Weil das Streben nach kurzfristigen Gewinnen das globale Wirtschaftssystem in Gefahr gebracht hat. Wir plädieren deswegen nicht nur für eine gründliche Reform und Kontrolle der Finanzmärkte, sondern auch für eine Ausweitung der Arbeitnehmer-Mitbestimmung in Unternehmen. Denn die Arbeitnehmer haben ein besonders großes Interesse am

langfristigen Erfolg ihres Unternehmens und damit am Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Auch Wissenschaftler empfehlen, die Rechte von Betriebsräten auszuweiten: Unternehmensverkäufe sollten beispielsweise wie eine Betriebsänderung behandelt werden, so dass der Betriebsrat über Interessenausgleich und Sozialplan verhandeln kann, um eventuell anstehende Entlassungen abzufedern.

Die EURES-Berater der Arbeitsagenturen in Deutschland und in Frankreich haben übrigens festgestellt, dass viele der zuständigen Insolvenzberater in der Regel die Belange der Grenzgänger nicht berücksichtigen. Das ist aber wichtig, gerade im Zusammenhang mit Qualifizierungsmaßnahmen, weil diese sich später auf das Arbeitslosengeld auswirken könnten.

Was wir hier machen, ist keine Sozialromantik. Und es geht auch nicht – wie die EU-Kommission behauptet, nur um die Jobvermittlung in ein anderes Land. Aufgrund meiner Erfahrung im EURES-T-Lenkungsausschuss muss ich feststellen: Die ständigen Attacks gegen die Arbeit der gewerkschaftlichen EURES-Berater müssen ein Ende finden! Kernaufgabe von Gewerkschaften ist nicht die Job-Vermittlung, sondern Sozial- und Arbeitsrechtsberatung von ArbeitnehmerInnen, die Probleme haben. Wir stehen für gute Arbeit, für menschenwürdige Bedingungen – sechs Tage nach dem „Equal Pay Day“ darf nicht unerwähnt bleiben, dass Frauen auch in der Großregion stark benachteiligt werden.

Trotz der Arbeit der IBA (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle) und der Beratungseinrichtungen von EURES-Transfrontalier sind bislang längst nicht für alle rechtlich-administrativen Hemmnissen oder Benachteiligungen zufriedenstellende Lösungen gefunden worden. Nach wie vor werden die meisten Probleme, die in der grenzüberschreitenden Arbeitsmarktmobilität auftreten, durch nationale Systemunterschiede in der Gesetzgebung verursacht. Ich nenne nur einige der vielen Problemstellungen:

- Fragen der Besteuerung
- Anerkennung von Berufsunfähigkeit
- Leistungsrecht im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit
- Anerkennung von Bildungsabschlüssen.
- Bezug von Rentenleistungen

Allein deswegen ist es unser Ziel, die „Rente mit 67“ in Deutschland rückgängig zu machen.

Auffallend bei dieser Auflistung: Viele der in der alltäglichen Beratungs- und Informationsarbeit mit Grenzgängern auftauchenden Probleme fallen gar nicht in die Regelungskompetenz der EU, sondern sind zwischen einzelnen Mitgliedstaaten zu lösen.

A propos Regelkompetenz: Der Europäische Gerichtshof hat zuletzt mehrfach grundlegende Arbeitnehmerrechte beschnitten. Dabei sehen die europäischen Verträge gar keine EU-Eingriffe ins nationale Arbeits- und Sozialrecht vor! Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung haben festgestellt: Der EuGH hat die vier im Zusammenhang stehenden Urteile (Rüffert, Laval, Viking, Luxemburg) nicht auf Basis der Europäischen Verträge gesprochen, sondern anhand von selbst entwickeltem Recht. Eine Studie zeigt: Der EuGH hat

die europäischen Verträge so ausgelegt, dass auch Bürger und Unternehmen daraus Rechte ableiten konnten. Daran anschließend hat er den Vorrang des europäischen Rechts postuliert.

Seit Dezember 2007 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in mehreren Fällen geprüft, was schwerer wiegt – die europäischen Vorschriften zum Binnenmarkt oder in nationalen Gesetzen garantierte Arbeitnehmerrechte. Die Bedeutung des Binnenmarktes wurde dabei wiederholt als so groß angesehen, dass selbst Grundrechte wie das Streikrecht beschnitten wurden. Wir appellieren an alle in Europa agierenden Parteien und Abgeordneten: Lassen Sie nicht zu, dass der europäische Gedanke, dass diese große Gemeinschaft unterschiedlicher Menschen, Kulturen und Landschaften, von genau denen zerstört wird, die gerade erst die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht haben. Bitte nicht die schon wieder! Wir brauchen ein soziales Europa mit hohen Sozialstandards. Wir brauchen ein starkes Europa-Parlament. Wir brauchen keine beratungsresistente EU-Kommission, die den luxemburgischen Staat wegen seiner vermeintlich zu hohen Mindestlöhne vor dem EuGH (Europäischer Gerichtshof) verklagt, wie letztes Jahr geschehen. Anders als das Parlament ist die EU-Kommission nämlich kein demokratisch gewähltes Gremium.

Ein anderes Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, verbindliche Mindestlohnregelungen in Europa zu treffen:

Das so genannte „Rüffert-Urteil“: Das Land Niedersachsen vergibt einen Bauauftrag, geknüpft an die Auflage tarifvertraglicher Löhne. Ein polnischer Subunternehmer zahlt jedoch nur etwa die Hälfte des am Bau üblichen Mindestlohns. Das Land beanstandete dies. Der EuGH gibt dem Unternehmen Recht: Eine Ausschreibung mit Tariftreue-Pflicht sei nicht mit der Dienstleistungsfreiheit vereinbar.

Wir beobachten mit Sorge diese „Radikalisierung der Binnenmarktintegration“ auf Kosten des Arbeitsrechts – betrieben vom EuGH.

Dank an alle, die am 16. Dezember in Straßburg mit uns demonstriert haben, damit die EU-Arbeitszeitrichtlinie nicht zu unseren Lasten (ich sage nur: 70 Wochenstunden wie in England) verschärft wird. Auch unsere sonst so forschenden Parlamentarier brauchen diese Art von Besuchen, damit sie nicht vergessen, wofür wir sie eigentlich gewählt haben. Gleichzeitig rufe ich zur Teilnahme an den Europawahlen auf. Nur mit einer möglichst hohen Wahlbeteiligung können wir dem EU-Parlament die demokratische Legitimation verleihen, die es gegenüber einer entfesselt neoliberalen EU-Kommission benötigt.

Wir Gewerkschaften verstehen Europa nämlich nicht nur als gemeinsamen Binnenmarkt, sondern als Lebensraum, als Ort des kulturellen Austausches. Da geschehen übrigens gerade phantastische Dinge. Mein persönlicher Musik-Geschmack ist es zwar nicht, aber ich finde es einfach toll, dass mit „Tokio Hotel“ erstmals eine deutschsprachige Band großen Erfolg in Frankreich hat. Die sehen zwar ein bisschen aus wie von einem anderen Planeten, aber dafür übersetzen jetzt junge Franzosen die Songtexte im Unterricht. Chapeau!

Und auch bei uns vor der Tür tut sich etwas:

- Seit März fahren täglich 13 statt bisher vier Busse von zwischen Saarbrücken und Luxemburg. Wir warten jetzt noch gespannter darauf, dass die Zugstrecke von Merzig nach Luxemburg fertig wird.

- Der französische Radiosender France Bleu bringt jeden Morgen aktuelle Infos für Grenzgänger. Herzlichen Glückwunsch an Pole Emploi und das CRD EURES für diese tolle Kooperation!

- Es gibt Initiativen wie den Verein Zukunft SaarMoselle Avenir. Die Volkshochschulen von Völklingen und Forbach arbeiten zusammen. Nach wie vor ist das Festival „Perspectives“ das größte französischsprachige Theaterfestival außerhalb Frankreichs.

- Die Zahl der Grenzgänger-Beratungsstellen von Gewerkschaften, aber auch von den Kommunen, ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Die Stadt Luxemburg organisiert jetzt sogar ein jährliches Fest in der Abtei Neumünster.

- Außerdem gibt es ein Geburtstagskind, das zu meiner besonderen Freude ebenfalls DGB heißt: Vor genau 25 Jahren erhielt die gewählte Versammlung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien gesetzgeberische Befugnis und gleichzeitig eine Regierung. Eine rasante Entwicklung, die genau so schnell voranschreitet wie Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz. Die zahlreichen Festlichkeiten und Aktivitäten sprechen für sich. Herzlichen Glückwunsch!

Wer Erfolge feiert, muss auch immer wieder mit Rückschlägen fertig werden. Was wir für nicht mehr möglich gehalten hätten: Rückschritt durch Call-Center Die französischen Kassen CPAM, CRAV und jetzt sogar der neu geschaffene „Pole Emploi“ als Fusion der alten ANPE mit der ASSEDIC haben ihre Telefon-Information auf zum Teil kostenpflichtige Service-Nummern umgestellt. Dieses Outsourcing mit zentralen Telefonnummern und Call-Centern führt dazu, dass Tausende von Rentnerinnen und Rentnern, von kranken, arbeitslosen und Rat suchenden Menschen keine telefonische Auskunft erhalten können, weil sie vom Ausland, einem Handy oder einer Firma aus anrufen.

Wir halten elektronische Bürgerdienste für eine gute Sache und wünschen uns ein Bürgerportal in allen Teilen der Großregion. Aber wenn die 78jährige Oma, deren verstorbener Mann einige Jahre in Frankreich gearbeitet hatte, sich jetzt online einloggen soll, um ein Formular down zu loaden, damit sie weiter ihre Witwenrente erhält, dann geht das Outsourcing deutlich am Kunden vorbei. Wir fordern alle betroffenen Organisationen auf, ihre Beratungsstrukturen zu überprüfen.

Ich verspreche hiermit: Als Plattform-Präsidentin werde ich die Gelegenheit nutzen, in den kommenden Wochen und Monaten nachzuhaken, was geschehen ist.

Ich freue mich darauf, in den kommenden 18 Monaten neue grenzüberschreitende Projekte, neue Ansätze und damit auch unsere Großregion ein Stück besser kennen zu lernen.